Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postsches-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7gespalt. 36mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 520. Halle, Dienstag, den 5. November. 1918.

Die neue Schlacht im Westen.

Ist Wilson von einem Saulus zum Paulus geworden? — Auch in Mecklenburg soll reformiert werden. — Weiterer Kriegskredit von 15 Milliarden.

Zwischen Schelde und Oise.

Gewaltiger feindlicher Einsatz von Artillerie und Panzerwagen. — Weitere teilweise Frontverlegung. Keine Kampfhandlungen an der Aisne. — Teilvorstöße der Amerikaner.

Großes Hauptquartier, 5. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der Schelde und Oise haben Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 (sechzig) Km. breiten Front zu erzwingen. In schwerem, bis in die Dunkelheit währendem Ringen gelang es unseren an Zahl weit unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzufangen und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordwesten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die gegen unsere neue Front Sobourg—Marquies—Le Grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht. Marquies le Petit, das vorübergehend in Feindeshand fiel, nahmen wir wieder. Den beiderseits von Le Quesnoy vorbrechenden Angriff brachten wir südlich von Marquies le Petit und bei Jolimetz zum Stehen. Le Quesnoy, durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde befehlsgemäß geräumt. Der gegen den Wald von Mormal gerichtete Ansturm des Gegners kam in dem westlichsten Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes [illegible] der Feind am Vormittag dicht hinter unseren vordersten Linien auf den Höhen westlich des Sambre-Oise-Kanals abgewiesen. Am Nachmittag setzte der Gegner seine Angriffe fort. Ihr Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes fingen wir den Stoß östlich von Jolimetz südlich des Waldes am Sambre-Oise-Kanal auf. Der Kanalabschnitt östlich von Ors und Catillon wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet.

Südlich von Catillon stieß der Feind in etwa 1 bis 3 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße Le Grosse—Olisy örtliche Kampftruppen zum Stehen. Vor der Kanalfront zwischen Pesny und nordöstlich von Etreux brachen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Etreux und der Oise konnte er an einzelnen Stellen das nördliche Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über unsere vorderste Stellung hinaus vorzudringen. Südlich der Oise sind dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Serre ausdehnte, heftige Angriffe südlich von Guise, bei La Herie und gegen Bois le Pargny gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß abgewiesen.

An der Aisne-Front keine Kampfhandlungen. Zwischen Le Chesne und Sommauthe scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dieulet wichen unsere Truppen stärkeren Angriffen befehlsgemäß auf das östliche Maasufer nördlich von Stenay aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vorstießen, auf den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas scheiterten starke Angriffe, westlich der Mosel Teilvorstöße der Amerikaner.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

In letzter Stunde

Am Mittwoch um 1 Uhr wird die Zeichnung auf die 9te Kriegsanleihe geschlossen!

Willst Du zögern, bis es zu spät ist?

Gibt Wilson gegenüber der Entente nach?

Zürich, 5. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Morgenzeitung" meldet: Die Bedingungen des österreichischen Waffenstillstandes bestätigen die vorherigen Nachrichten über ein völliges Nachgeben Wilsons gegenüber der Entente. Northcliffe stellt daher die Polemik gegen Wilson ein und veröffentlicht die Mitteilung des Präsidenten an den Nationalrat der englischen Kirchen, Dr. Guttery, er habe nach einer Unterredung mit Wilson den Eindruck einer vollständigen Uebereinstimmung Wilsons mit Lloyd George. Bemerkenswert ist die offizielle Anwesenheit Northcliffes in Paris anläßlich der Verhandlungen.

Die Vorgänge in Stuttgart.

Die Vorschläge beim Minister des Innern. — Zusage einer Prüfung der Forderungen.

Stuttgart, 4. November. Zur Berichtigung einer unzutreffenden Darstellung in einigen Abendblättern erfahren wir von zuständiger Seite über die heutigen Vorgänge in Stuttgart folgendes:

Von der Arbeiterschaft der Daimlerwerke in Unter-Kirchheim und einiger anderer Werke, die heute feierten, zogen einige Tausend Personen, darunter viele Frauen, Mädchen und junge Burschen, auf den Schloßplatz, wo ein Führer der unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Von der Bildung eines Arbeiterrats, von der in den Abendblättern die Rede ist, ist nichts bekannt geworden. Der Zug bewegte sich vor das Ministerium des Innern und eine Abordnung der Arbeiter trat um Gehör, das vom Minister des Innern aus freien Stücken gewährt wurde. Dieser erklärte, die Vermittlung der Arbeitersekretäre, daß die Waffenstillstandsbedingungen unserer Feinde, sogleich an Deutschland mitgeteilt, der Bevölkerung vorenthalten würden, für grundlos und behielt sich gegenüber dem von den Erschienenen vorgeschlagenen Programm, das neben bolschewistischen Ideen wirtschaftliche Forderungen enthielt, die Entschließung über die Erteilung einer Antwort vor. Die Menge zerstreute sich darauf, und es wurden, jedoch vergeblich, Versuche unternommen die Arbeiterschaft der Boschwerke in Stuttgart und Feuerbach zum Anschluß an die Bewegung zu veranlassen. In den Nachmittagsstunden bildete sich von neuem eine große Ansammlung vor dem Ministerium des Innern, und es erschien nochmals eine Arbeiterabordnung, der der Minister die Prüfung der zu berührenden wirtschaftlichen Fragen zusagte, während er eine Erörterung der umstürzlerischen Forderungen ablehnte und auf die Ungeeignetheit solcher Wege zur Erreichung des allseitig angestrebten Friedens hinwies. Nach Bekanntgabe dieser Antwort ging die Menge auseinander. Im Verlauf der ganzen Kundgebung sind keine gewaltsamen Störungen der öffentlichen Ordnung vorgekommen. Die Teilnehmer bestanden nur zum kleinsten Teil aus Anhängern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Die Polizei war nirgends zum Einschreiten mit der Waffe genötigt. Für morgen, Dienstag, ist die Wiederaufnahme der Arbeit bei Daimler und in den anderen Werken angekündigt.

Aenderung der mecklenburgischen Verfassung.

Neue Volksvertretung auf breiter Grundlage.

Schwerin, 5. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Mecklenburgische Zeitung veröffentlicht eine Bekanntmachung des Staatsministers Dr. Langfeld, in der es heißt: Seine Königl. Hoheit der Großherzog hat den Wunsch, daß die im Jahre 1908 begonnenen, aber bisher nicht zum Abschluß gelangten und durch den Eintritt des Weltkrieges unterbrochenen Verhandlungen betreffend Aenderung der Landesverfassung nunmehr wieder aufgenommen werden. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat das Schweriner und Strelitzer Staatsministerium mit den nötigen Vorarbeiten beauftragt und seine dahingehende Ansicht geäußert, daß in dankbarer Würdigung des von dem mecklenburgischen Volk an der Front und daheim bewiesenen vaterländischen Geistes und seiner unbegrenzten Opferfreudigkeit die neue Volksvertretung auf breiter Grundlage aufgebaut werde. Die vorbereitenden Arbeiten sind in vollem Gange und werden bald beendet sein. In Aussicht genommen ist die Bildung von zwei Kammern, die erste Kammer soll aus gewählten Vertretern der bisherigen Stände des Domiziums und der organisierten Berufsstände bestehen. Die zweite Kammer soll ausschließlich aus Abgeordneten zusammengesetzt sein, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechtes zu wählen sind.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Das Arbeitsprogramm.

Die deutsche Volksregierung, die täglich in ihrem Kriegsrat längere Beratungen abhält, hat das Wort genommen, um sich in einem Aufruf direkt an das deutsche Volk zu wenden. In einem Zeitpunkt, wo die Bolschewisten hier und da einen Putsch versuchen, der bisher stets zu einem Fehlschlage führt, spricht die Regierung offen von dem, was hinter uns liegt, und verhehlmlicht auch nicht die Fülle schwerer Arbeiten, die noch erledigt werden muß. Unverkennbar trägt der Aufruf der Gesamtregierung ähnliche Züge wie die Rede, die der Kaiser bei dem Empfange der neuen Staatssekretäre am 21. Oktober gehalten haben soll. Wir sagen „gehalten haben soll", denn diese bemerkenswerte Rede ist offiziell niemals verbreitet worden, und dem fortschrittlichen Staatssekretär Haußmann blieb es vorbehalten, sie in einem einzelnen Berliner Blatt an das Licht des Tages zu ziehen, wobei wir uns nicht die Bemerkung versagen können, daß eine allgemeine Bekanntgabe der Rede durch Haußmann richtiger gewesen wäre, als die Wiedergabe in einem einzelnen Blatte, dessen ständiger Mitarbeiter Haußmann früher war und auch heute noch ist.

In dieser Kaiserrede, die wir gestern wiedergegeben haben, war die Rede von veralteten Stützen des uns alle schirmenden Hauses, die der Erneuerung bedürfen. „Der neuen Zeit soll eine neue Ordnung entstehen." Aus der Not der Zeit sollte das Deutsche Reich zu einer ruhigen und friedlichen Entwicklung zurückgeführt werden. Davon geht auch die Regierung in ihrem Aufruf aus. Sie erkennt nüchtern an, daß wir werden schwer tragen müssen, um die Folgen der letzten Jahre zu überwinden. Und doch weht so etwas wie frohe Hoffnungsfreudigkeit aus dem Aufruf heraus, der nicht ohne Rückwirkung auf das deutsche Volk bleiben kann. Wir vernehmen die stolze und starke Zuversicht: Wir werden es schon schaffen! Wir werden den gewaltigen Block, der durch die letzten Jahre dem deutschen Volke auf seinem ferneren Wege vorgelagert ist, beiseite schieben und dann eine neue Periode einer starken Aufwärtsentwicklung antreten. Durch den Aufruf geht es wie Frühlingsahnen nach harten Wintertagen. Es heißt nicht, wie einst in den Tagen des hinter uns liegenden alten Deutschen Reiches: „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen", sondern die Volksregierung hält sich an das alte Sprichwort: Die Götter haben vor den Preis den Schweiß gesetzt. Es gilt zu arbeiten, wenn wir die glücklicheren Zeiten erreichen wollen, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat.

Mit berechtigtem Stolz kann die Regierung auf das verweisen, was in wenigen Wochen in vollster Ordnung und ohne auch nur das geringste Blutvergießen erreicht worden ist: Demokratisches Wahlrecht in Preußen und demokratische Ausgestaltung der Reichsverfassung in mancherlei Hinsicht. Doch wird auch nicht verkannt, daß noch zu tun viel übrig geblieben ist. Bei dieser weiteren Arbeit kommt es weitgehend auf das Vertrauen an, das diese Volksregierung im Volke besitzt. Nur Ignoranten können verkennen, daß dieser Regierung das vollste Vertrauen entgegengebracht werden muß, weil sie die Vertretung des ganzen Volkes ist, nicht einer einzelnen Schicht oder Klasse. Wir würden uns selbst aufgeben, wenn wir nicht vertrauensvoll dieser Regierung folgen würden auf den Wegen, die sie zur Erlangung eines glücklichen Deutschland beschritten hat. Weil die Regierung, in der der Prinz neben dem Pedellssohne sitzt, der Jurist neben dem ergrauten Verwaltungsbeamten, der Arbeiter und Gewerkschaftler neben dem altgedienten Militär, das Interesse des gesamten deutschen Volkes vertritt, hat sie ein Anrecht auch auf das Vertrauen des ganzen und geschlossenen Deutschen Reiches. Sie kann mit Recht verlangen, daß wir ihr alle „willige Mitarbeiter" sein werden. Nur dann, sagt der Aufruf sehr richtig, kann die Neugestaltung im Reiche ihre volle Wirkung ausüben! Schon gestern haben wir erinnert an das Elend, das ein Bolschewistentum über Rußland gebracht hat, und daß das deutsche Volk eine derartige Gesinnung, die nur unser aller Ruin erreichen kann, ablehnt. Das gleiche Vertrauen hat auch die Regierung, wenn sie ausspricht: Das deutsche Volk wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Wieder hören wir ein Bekenntnis zum Frieden. Diese Regierung wird den Frieden nicht zurückhalten, wenn sie ihn um irgend einen annehmbaren Preis erreichen kann. Nur an unseren Gegnern liegt es, wenn wir auf dem Wege zum Frieden noch nicht weiter gekommen sind. Die deutsche Regierung hat ihre Antworten stets schnellstens erteilt, um das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181105024/fragment/page=0001

Kriegsende auch nicht um eine Stunde hinaus zu zögern. Mit der Erlangung des Friedens gilt es für Arbeitsbeschaffung zu sorgen und dafür, daß das Wohnungselend eingedämmt wird. Wie eine schöne Verheißung, deren Verwirklichung wir alle herbeisehnen, klingt es, wenn der Aufruf sagt: „Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen."

Soll die Regierung an das Vertrauen des Volkes umsonst appelliert haben? Soll sie umsonst betont haben, daß das Vertrauen zur Volksregierung nichts anderes ist, als das Vertrauen des Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft? Nein, das kann nicht sein, denn das würde heißen, daß das deutsche Volk sich selbst aufgibt! Wir wollen vielmehr geloben, daß wir getreu und entschlossen zu den Männern der Regierung stehen, weil wir an Deutschland und seine große Zukunft glauben, trotz der bedrängten Lage, in der sich unser Vaterland zurzeit befindet. Den blutigen Zeiten des Krieges wird eine andere Zeit folgen, in der nichts so hoch steht, als die Arbeit für Kultur und Fortschritt. In diesem unbeirrbaren Glauben ist es Pflicht eines jeden Deutschen, eifrig und freudig den Posten auszufüllen, auf den das Schicksal ihn gestellt hat. Dann, aber auch nur dann werden wir ohne allzu drückende weitere Opfer zu den Zielen kommen, die die Regierung sich gesteckt hat. O. H.

Der deutsche Unterhändler an der Westfront.

General von Winterfeldt.

Wie die „Germania" hört, ist von deutscher Seite General v. Winterfeldt zur Führung der Waffenstillstandsverhandlungen an der Westfront in Aussicht genommen.

Detlof v. Winterfeldt ist 1867 in Berlin geboren, rückte auf der militärischen Laufbahn 1909 bis zum Oberst auf und wurde damals als Militär-Attaché zur deutschen Botschaft in Paris kommandiert. Im Herbst 1913 erlitt er auf einer Autofahrt in den französischen Manövern einen schweren Unfall, der ihn länger als ein Jahr ans Krankenbett fesselte. Im Dez. 1914 wurde er über das damals noch neutrale Italien ausgeliefert. Hier wurde der tüchtige Offizier, der sich auch in Frankreich eines hohen Ansehens erfreut, zum Abteilungschef beim Großen Generalstab ernannt, und vor kurzem zum General befördert.

Fürst Bülow zur Kaiserfrage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt an leitender Stelle einen Aufsatz des Fürsten Bülow über die Kaiserfrage, in dem es heißt:

„Ich weiß, daß Strömungen sich geltend machen, die einer Abdankung des Kaisers das Wort reden. Ich achte jedermanns Ueberzeugung. Dieselbe Achtung aber kann für sich in Anspruch nehmen, wer der gegenteiligen Ansicht ist. Ich spreche nicht von den Empfindungen, die mich als langjährigen und treuen Diener der Monarchie erfüllen. Ich denke in diesem Augenblick nur an die Nation, an die Gesamtheit des deutschen Volkes, an seine höchsten Lebensinteressen. Und die fordern, daß in dieser schweren Zeit nicht Hader und Zwiespalt in unser Volk getragen werden, das in seiner tausendjährigen Geschichte mit Kaisertum und Kaiseridee eng verwachsen ist. Die Nation hat in den letzten Wochen, in denen sie sich einen neuen tragfähigen Rahmen für ihr staatliches Leben schuf, einen hohen Grad von politischer Reife gezeigt. In diesem neuen Rahmen muß sich Deutschland nun einleben können. Ein demokratisiertes Kaisertum, wie es jetzt vor uns steht, bietet für die Ungestörtheit dieses Werdeprozesses eine sichere Gewähr. Ich habe einen großen, den größeren Teil meines Lebens im Auslande zugebracht. Sie dürfen mir, einem alten Kenner Europas, glauben, daß es für Deutschland vorerst genug ist mit Veränderungen unseres staatlichen Aufbaues. Ich glaube, daß eine derart stürmische Entwicklung, wie sie durch eine Abdankung des Kaisers eingeleitet würde, noch vieles andere mit sich fortreißen würde. Ich frage Sie weiter: Welches wird der Eindruck auf die Armee sein? Der Fahneneid ist jedem deutschen Soldaten, vom Musketier bis zum Feldmarschall, die unverrückbare Grundlage seines Treuverhältnisses zum Kaiser. Wir sind in voller Disziplin in den Krieg gezogen; auch die Demobilisation muß sich im Geiste der gleichen unbedingten Disziplin vollziehen, wenn nicht unabsehbare Wirkungen eintreten sollen, die jeden deutschen Staatsbürger, er mag sich für oder gegen den Kaiser gestellt haben, gleich schwer treffen würden."

Die Sozialdemokratie und die Frage der Abdankung.

Die heutige Fraktionssitzung.

Die Fraktionssitzungen im Reichstage, die für gestern angesagt waren, wurden im letzten Augenblick abgesagt. Nur die konservative Partei hatte sich gestern abend zu einer Besprechung zusammengefunden. Die abgesagten Fraktionssitzungen werden zum Teil heute stattfinden. Heute tritt, wie mitgeteilt, auch die sozialdemokratische Fraktion zu einer Sitzung zusammen. Man darf mit Recht annehmen, daß die Sozialdemokraten Beschlüsse von besonderer Wichtigkeit fassen werden. Zur Erörterung dürfte auch die Kaiserfrage und die Frage, ob die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung in ihren Aemtern verbleiben sollen oder nicht, stehen.

Die Abrüstung der Arbeiterschaft.

Wichtige Beratungen im Reichswirtschaftsamt.

Im Reichswirtschaftsamt fand gestern eine Besprechung der für die Demobilisierung in Frage kommenden Behörden mit den Vertretern der Gewerkschaften über die Demobilisierung statt. In ihr wurden die bereits eingeleiteten Vorarbeiten für diese das ganze Wirtschaftsleben ungeheuer beeinflussende Aktion wesentlich weiter gefördert.

Unsere Militärbehörden haben sich schon früher mit der Demobilisierung beschäftigt und entsprechende Pläne ausgearbeitet. Sie fußten aber, wie der „Vorwärts" hervorhebt, auf der Erwartung eines

militärisch günstigen Friedens,

und also durch die Ereignisse praktisch überholt. Nunmehr ist das Reichswirtschaftsamt mit der wirtschaftspolitischen Vorbereitung der Demobilisierung betraut und zum Leiter der Demobilisierungsabteilung Unterstaatssekretär Dr. Aug. Müller bestellt worden, der im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsamt vorgeht. Für die Demobilisierung sind folgende Grundsätze aufgestellt worden:

Jeder Arbeiter und Beamte soll an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren, den er im August 1914 innehatte. Diese allgemeine Regel soll auch für die

Abrüstung des Heimatheeres

gelten, von dem mit der Stillegung von Unternehmen, die für den reinen Kriegsbedarf arbeiten, sofort einige Hunderttausend arbeitslos werden dürften. Der erwähnte Grundsatz soll aber zur Vermeidung unnötiger Umsiedlungen nicht schablonenhaft und nicht ohne Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse durchgeführt werden.

Kein fremder Arbeiter darf einem deutschen Staatsbürger Arbeit und Brot wegnehmen. Den polnischen, belgischen und holländischen Arbeitern soll

die Abwanderung leicht gemacht werden.

Die Landwirtschaft, deren Vertreter sich ebenso wie die der Industrie mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben, will möglichst alle vom Lande stammenden und mit der Landwirtschaft vertrauten Arbeiter aufnehmen. Eine Aenderung des Landarbeiterrechts wird damit aktuell.

Da viele Betriebe im Kriege stillgelegt worden sind, so soll für die Ausfüllung dieser Lücke durch Arbeitsnachweis, Erwerbslosenunterstützung und Notstandsarbeiten gesorgt werden.

Die Entlassung der Soldaten

wird nach der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit der Berufsgruppen erfolgen. Die namentliche Aufforderung seitens der Unternehmer wird sehr erleichtert, aber auch gegen Mißbrauch geschützt und vielleicht der Ueberprüfung durch die Gewerkschaften unterworfen werden. Die Entlassung soll möglichst nicht an die Ersatztruppenteile, sondern an die Bezirkskommandos oder direkt an den alten Wohnort erfolgen. Die Organisation für die Demobilisierung soll frei von jeder bureaukratischen Förmlichkeit sein.

Die Spitze dieser Organisationen ruht im Reichswirtschaftsamt, ihre breite Basis werden Lokalausschüsse sein, die ebenfalls sehr große Befugnisse haben werden.

Einen Teil der sozialen Lasten der Demobilisierung wird die Industrie zu übernehmen haben. Es ist möglich, daß die Kündigungsfristen verlängert oder Bestimmungen über die Lohnhöhe und Dauer der Arbeitszeit getroffen werden.

Der Bahnverkehr nach und von Oesterreich.

Dresden, 4. November. Ueber die im Verkehr mit Oesterreich getroffenen Maßnahmen wird Wolffs Sächsischem Landesdienst von zuständiger Stelle u. a. folgendes mitgeteilt: Der Personenverkehr über die sächsisch-österreichischen Uebergangsstationen wird noch in beiden Richtungen aufrechterhalten. Der Güterverkehr mit den auf österreichischem Gebiete liegenden sächsischen Stationen ist nicht aufgehoben, der Güterverkehr in der Richtung aus Deutschland nach Stationen jenseits der sächsischen Bestreicksgrenzen dagegen bis auf weiteres gesperrt. In der Gegenrichtung werden Güter, die von den österreichischen Bahnen angebracht werden, übernommen und weiter befördert. Auch die [illegible] die Ausfuhr und anscheinend auch die Durchfuhr der Güter, namentlich auch der Kohlen, von dem tschechischen Nationalrat verboten worden. Auf den schlesisch-österreichischen Uebergangsstationen bestehen, so viel bekannt, die gleichen Verhältnisse. Güter nach Deutsch-Oesterreich können vorläufig noch über Passau, Simbach, Salzburg und Kufstein befördert werden. Es empfiehlt sich, vor der Aufgabe solcher Sendungen Auskunft bei den Güterabfertigungsstellen einzuholen.

Schlesien und die Tschechen.

Wien, 4. November. Die „Deutschen Nachrichten" melden aus Bielitz: Entgegen andern Nachrichten ist Oschlesien fast bis zur Grenze auf friedlichem Wege unter die Verwaltung des deutschen Volksrats gestellt. Die Städte Bielitz, Teschen, Friedek, Mistek sind von der deutschen Nationalgarde besetzt worden. Die deutsch-freundlichen Polen hissen mit, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das polnische Infanterie-Regiment Nr. 55 streckte in Bielitz auf dem Marktplatz freiwillig die Waffen. Aus Teschen wurde an die galizische Grenze Artillerie zu Hilfe gesandt, da man einen Einfall dort plündernder bolschewistischer Banden befürchtet. Nach Krakauer Blättern hat das tschechische Kommando in Prag an alle Kommandos in Schlesien einen Befehl gesandt, nach welchem Schlesien als tschechisch zu betrachten sei. Gleichzeitig wurde die Besetzung von Oderberg und Teschen durch tschechische Truppen angeordnet. Narodo berichtet, daß die Polen in Oderberg die Besetzung der Stadt durch tschechische Abteilungen verhindert haben.

Soldaten und Plünderer.

Salzburg, 4. November. Hier kommen fortgesetzt Züge mit Soldaten von der Front an, die ihre Ausrüstungsgegenstände verkaufen und die Läden plündern. Die Demobilisation artet in eine völlige Auflösung der Armee aus.

Deutsche Soldaten in Ungarn ausgeraubt.

Aus Graz wird gemeldet: Gestern trafen in Fehring, der Grenzstation gegen Ungarn, deutsche Soldaten ein, die vollkommen nackt waren, da man sie auf der Fahrt durch Ungarn ihrer ganzen Kleidung und sogar der Unterwäsche beraubt hatte.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Bern, 3. November. „Petit Parisien" schreibt: Die Konferenz der Alliierten betreffend des Waffenstillstands- und Friedensangebotes der Mittelmächte nähert sich dem Ende. Man kann jetzt schon sagen, daß in allen erörterten ernsten Fragen völlige Einigung erzielt wurde. Die Beschlüsse können jedoch erst veröffentlicht werden, nachdem sie am Bestimmungsorte eingetroffen sind, was nicht mehr lange dauern kann. Anscheinend kann man erst gegen Mitte der Woche über die endgültige Antwort unterrichtet sein.

Der Wirrwar in Wien.

Schießerei auf russische Kriegsgefangene.

WTB. **Wien, 4. November.** Meldung des Wiener k. k. Korr.-Büros. Der heutige Tag ist in Wien im allgemeinen ruhig verlaufen. Der Eisenbahnverkehr steht ganz im Zeichen des Rücktransportes der nationalen Truppenteile und der aus den Kriegsgefangenenlagern abgeleiteten Transporte. Dies hat auf den Bahnhöfen große Ansammlungen von Mannschaftstrupps zur Folge, was heute auf dem Nordbahnhofe zu einem bedauerlichen Zwischenfall führte. Ueber denselben meldet die Korrespondenz Wilhelm: Heute gegen 12 Uhr mittags ist ein Trupp von etwa 1000 russischen Kriegsgefangenen zum Nordbahnhof eskortiert worden. Eine Sicherheitswache begleitete die Russen und sie gingen ganz ruhig und in Ordnung zum Bahnhof. Als die beiden Absperrposten des Schützen-Regiments die Russen heranziehen sahen, bemerkten sie nicht, daß die Kriegsgefangenen eskortiert waren und glaubten, daß sie auch eine solche Rotte vor sich hätten, die, wie anderwärts, vielleicht einen Ueberfall auf den Bahnhof planten und gaben daher Alarmschüsse in die Luft ab. Die Militär-Bahnhofswache, die die Schüsse hörte, glaubte nun, daß es sich um einen Ueberfall meuternder Russen handelte und gab einige Schüsse gegen die Kriegsgefangenen ab. Man hörte alsbald Hilferufe und erst jetzt klärte sich der beklagenswerte Irrtum auf. Fünf Russen erlitten schwere Schußwunden, zwei Russen wurden getötet. Ein Gerücht besagt, daß viele Russen uns Leben gekommen seien. Eine strenge Untersuchung des Tatbestandes wurde eingeleitet.

Friedensverhandlungen in Padua.

WTB. **Budapest, 4. November.** Meldung des Ungar. T. Korr. Bur. Ministerpräsident Karolyi begibt sich mit mehreren Mitgliedern des Nationalrats, Arbeiterrats und Soldatenrats nach Padua, um mit General Diaz Friedensverhandlungen zu beginnen.

Der Truppentransport durch Tirol.

WTB. **Innsbruck, 4. November.** Wiener k. u. k. Korr.-Büro. Aus dem Süden langen unaufhörlich mit Soldaten vollgefüllte Züge an, deren Weitertransport mit aller Energie betrieben wird. Wenngleich die nötigen Transportmittel, wie auch die Verpflegungsmittel mangeln. Der Nationalrat von Tirol und mit ihm alle Militär- und Zivilbehörden sind bemüht, die Gefahr abzuwenden, daß Truppen der 10. und 11. Armee Nordtirol überfluten und mangels geordneter Verpflegung plündernd den Weg durch das Land in ihre Heimatländer suchen. Diesem Zweck sollen vor allem etappenweise errichtete Verpflegungsstationen dienen, für welche von allen möglichen Seiten bereits Lebensmittelaushilfen erbeten wurden. Die Bildung von Grenztruppen, die die anfluten den Truppen an geeigneter Stelle zur Entwaffnung veranlassen soll, ist bereits in Angriff genommen. In Innsbruck, sowie in den Landgemeinden wird mit allem Nachdruck die Bildung von Bürgerwehren betrieben. Außer der Plünderung einiger Waggons mit Lebensmitteln auf dem Innsbrucker Frachtbahnhof sind bisher keine Ausschreitungen vorgekommen. Die meisten Kriegsgefangenen konnten bereits aus der Stadt entfernt werden. Die Italiener verließen gestern ihr Lager, konnten aber bis gestern abend wieder gesammelt werden, um nun gleichfalls möglichst rasch in ihre Heimat befördert zu werden.

Waffenstillstandsangebot Rußlands.

Moskau, 3. November. Heute, am 3. November, übergab der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, den neutralen Konsuln folgende Erklärung zwecks einer durch deren Regierungen zu bewirkenden Ueberreichung an die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten von Nordamerika:

„Ihrem Wunsche folgend, den bewaffneten Konflikt zwischen den russischen Truppen und denen dieser Mächte ein Ende zu machen, schlägt die russische Regierung vor, Verhandlungen zwecks Beendigung dieses Konfliktes einzuleiten, und fragt demgemäß an, wann und wo die Vertreter beider Seiten zu diesem Zwecke zusammentreten könnten."

Die Nordd. Allg. Ztg. zu Northcliffs Bedingungen.

Berlin, 5. November. Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt zu dem „Times"-Artikel des Lord Northcliffes: Die Ausführungen des Lord Northcliffe sind von besonderem Interesse, nicht zuletzt, weil sie zeigen, daß die Entwicklung der letzten vier Wochen selbst einen Mann, wie ihn, der seit Jahren das Deutsche Reich und das deutsche Volk in der öffentlichen Meinung Englands und der Welt herabgesetzt hat, zu einer anderen Anschauung bekehrt hat. Lord Northcliffe behauptet, es könne keine Rede sein von der Ehre des deutschen Volkes oder von irgend einer Anpassung der Bedingungen des Waffenstillstandes an irgend eine eingebildete strategische oder tatsächliche Stärke der Mittelmächte. Er irrt, es kann und wird von der Ehre des deutschen Volkes die Rede sein, umsomehr als dies Volk in einem schon vier Jahre währenden Kampf gegen eine ungeheure Uebermacht seine Waffenehre ruhmvoll gewahrt hat. Ebenso werden die Bedingungen von der strategischen Lage und der tatsächlichen Stärke der deutschen Armee abhängig, die desmegen noch nicht geschlagen ist, weil die ihr gegenüberstehenden Streitkräfte sich in der Uebergabe befinden. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die besetzten Gebiete zu räumen und ihre Truppen auf deutschen Boden zurückzuziehen. Sie hat die vierzehn Punkte des Programms des Präsidenten Wilson angenommen und schließlich in Vollendung umfassender und grundlegender Verfassungsreformen die militärische Kommandogewalt in die Hand der dem Volke verantwortlichen Regierung gelegt. — In eine Diskussion über die von Lord Northcliffe beschriebenen Erläuterungen einzutreten, ist unseres Erachtens für die deutsche Regierung so lange kein Anlaß gegeben, als sie nicht Gewißheit darüber besitzt, ob sein Artikel die Meinung der Gesamtheit der mit England verbündeten Regierungen oder lediglich jene Englands wiedergibt.

Deutsches Reich.

Königliche Schlösser und Hofgebäude als Lazarette.

Der Kaiser hat Befehl gegeben, eine große Anzahl königlicher Schlösser und Gebäude in Lazarette umzuwandeln, um für die Verwundeten aus den besetzten Gebieten Unterkunft zu schaffen. In Berlin sind dafür das königliche Marstallgebäude, das Schloß Charlottenburg, in Potsdam das Schloß Marly, die Villa Finkenstein, die ganze Westseite der königlichen Orangerie und wahrscheinlich auch Räume des Stadtschlosses in Aussicht genommen, ferner noch Hof- und Seitenkammern von Sanssouci. Außerdem werden noch andere Schlösser in Potsdam für die Belegung mit Verwundeten in Betracht gezogen. Ferner

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181105024/fragment/page=0002